Kreditgeber und Kreditnehmer am Ulmer Kapitalmarkt des 19. Jahrhunderts

Die Ausgangssituation am Ende der Reichsstadt-Zeit und beim Übergang an Württemberg

Als die Reichsstadt Ulm 1802/03 unter bayerische Obhut geriet, errechneten die Beamten des neuen Landesherrn einen Schuldenstand in Höhe von exakt 4 046 958 Gulden 2 Kreuzern und 4 Hellern.¹ Allzu überrascht konnten sie darüber eigentlich nicht sein, denn sicherlich war ihnen das schon 1772 von dem berühmten Staats- und Völkerrechtslehrer Johann Jakob Moser in seiner „Reichsstädtischen Regimentsverfassung“ getroffene und viel zitierte Diktum bekannt, dass eine Reichsstadt ohne Schulden ein seltenes Exempel sei. Zu Beginn unseres Betrachtungszeitraums dürfte daher in Ulm die Stadt selbst als größte Kreditnehmerin am Kapitalmarkt aufgetreten sein. Für die Bonität der Reichsstadt spricht dabei, dass ihr trotz der sich 1801/02 lediglich auf 464 767 Gulden belaufenden Gesamteinnahmen², das entspricht etwa 11,5 % der Schuldsomme, und einem jährlich knapp 40 % der Einnahmen aufzehrenden Schuldendienst noch Kredite bis zu der genannten Höhe gewährt wurden. Zahlungsmoral und Leistungskraft der Reichsstadt waren offenbar über jeden Zweifel erhaben, und sicherlich zu Recht hat die bayerische Besitznahmskommission in einem internen Gutachten an den Kurfürsten bestätigt, dass Ulm trotz aller Schulden noch immer verdiene, „unter die wichtigsten Gegenstände der Entschädigungen“ für das Haus Wittelsbach gezählt zu werden.³

Wo aber hatten sich Gelder aufnehmen lassen? Als Kreditgeber eindeutig bevorzugt wurden in reichsstädtischer Zeit Ulmer Bürger, wie dies Kurt Rothe in seiner Tübinger Dissertation aus den Zinszahlungen errechnet hat.⁴ Nur in Krisenzeiten, in denen Kapital allgemein knapp war, wurde verstärkt auch auf auswärtige Kapitalgeber zurückgegriffen, dann auch auf Städte in der Schweiz – Bern, St. Gallen, Winterthur galten dabei als beliebte Adressen, wie wir dies auch von oberschwäbischen Reichsstädten wissen.⁵

Vor allem aber war es die Ulmer Bürgerschaft selbst, die bei der Stadt ihr disponibles Kapital anlegte und dafür in aller Regel 5 % Zinsen bezog.⁶ Lediglich am Ende der Reichsstadtzeit, als durch die napoleonischen Kriege die Kassen überall erschöpft waren, wurden für die Zeichnung einer Anleihe 6 % geboten.⁷ An der Spitze der bürgerlichen Darlehensgeber stand das Patriziat, dem die aktive Teilhabe an Handel und Wirtschaftsleben in Ulm verfassungsrechtlich untersagt

war und das ebenso wie das gehobene Bürgertum und höhere Beamte eine sichere Kapitalanlage bei der Stadt suchte. Kleinere Beträge kamen aus vielen anderen Schichten der Bevölkerung und auch aus dem Territorium, wie das Beispiel eines Bauern aus Oberhaslach, einem Weiler im Ulmer Herrschaftsgebiet, zeigt, der 2000 Gulden verzinslich bei der Stadt anlegte.⁸

Umgekehrt vergab auch die Stadt – meist zu denselben Konditionen, die sie selbst für Anleihen bezahlte – Darlehen an ihre Bürger, etwa zum Bau oder zur Erweiterung von Gebäuden.⁹ Von der noch bis ins 17. Jahrhundert rege geübten Praxis, anderen Reichsstädten und auswärtigen Mächten teilweise beträchtliche Kredite zu gewähren, hatte man am Ende der Reichsstadtzeit mangels verfügbarer Mittel längst abgehen müssen.¹⁰ Bei weitem waren damals auch noch nicht alle der seit Jahrzehnten, vereinzelt seit Jahrhunderten laufenden Kredite zurückbezahlt. Als relativ problemlos erwiesen sich lediglich die dem Schwäbischen Reichskreis und seinen Mitgliedern gewährten Darlehen, und als zuverlässigen Kreditnehmer hatten die Ulmer das Herzogtum Württemberg kennen gelernt. Für ein König Heinrich IV. von Frankreich bereits 1589 gewährtes Darlehen war dagegen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts allein für rückständige Zinsen die stattliche Summe von 130 000 Gulden aufgelaufen, die nach Lage der Dinge ebenso wie das ursprüngliche Kapital à fonds perdu geschrieben werden musste.

Mit den vielfachen Aktivitäten der Reichsstadt im Kreditgeschäft hatte die Entwicklung der Finanzverwaltung nur bedingt Schritt halten können. Zumindest die bedeutenderen unter den reichsstädtischen Ämtern verfügten über eigene Kassen, nahmen eigenständig Darlehen auf und gewährten einander wechselseitig Kredite.¹¹ Aufgenommene Kapitalien wurden dabei schlicht als Einnahmen und Zinszahlungen oder Tilgungen unter Ausgaben verbucht. Ansätzen zu einer eigenen Schuldentilgungskasse und der Einrichtung einer Hauptkasse, die die Übersichtlichkeit erleichtert hätte, stemmte sich das Beharungsvermögen der etablierten Institutionen entgegen. Als dann 1804 unter neuer Herrschaft der Kassen- und Rechnungsstand zusammenfassend überprüft wurde, ließ sich allein durch Eliminierung interner Verrechnungen der Schuldenstand der Reichsstadt um annähernd eine halbe Million Gulden reduzieren.¹²

Der einleitende Blick auf die reichsstädtischen Verhältnisse sollte veranschaulichen, mit welchen Erfahrungen die Ulmer in das neue, das württembergische Jahrhundert eintraten. Die Schulden hatte nach langwierigen Verhandlungen als Ausgleich für ehemals reichsstädtische Rechte und Besitzungen zum Großteil der Staat übernommen¹³, der jetzt Vorgaben für die Gestaltung des Haushaltswesens erließ und diese durch das königliche Oberamt und die Kreisregierung überwachte. Am Kreditmarkt schied die Stadt, die ihre Ausgaben durch Gebühren, Abgaben, Pächterträge und später auch Steuern finanzierte¹⁴, vorübergehend aus. An ihre Stelle trat die Ulmer Hospitalstiftung, deren Fortbestand durch die Edikte von 1818 und 1822 gesichert worden war.

Zunächst jedoch hatte Ulm, nunmehr zweitgrößte Stadt des Königreichs Württemberg, mit den Folgen der Grenzziehung zu Bayern von 1810 zu kämpfen. Die Belegung mit einer Garnison, nach Ludwigsburg der zweitgrößten im Lande, konnte die Nachteile der Grenzlage nicht aufwiegen, zumal statt Investitionen für neue Kasernenbauten ausschließlich aufgehobene Klöster und ehemals reichsstädtische Gebäude genutzt wurden.

Freilich bedarf die König Wilhelm I. bei seinem Antrittsbesuch in Ulm 1817 unterbreitete Klage über den Rückgang von Handel und Gewerbe¹⁵ einer differenzierenden Betrachtung. Während das auf den städtischen Bedarf ausgerichtete Handwerk kaum Einbußen durch die neue Lage verspürte, mussten exportorientierte Gewerbe, darunter die Leinenproduktion und die in Ulm blühenden Tabakmanufakturen, erhebliche Einbußen verkraften und konnten erst nach dem Zollvertrag von 1828 wieder expandieren.¹⁶

Private Kreditgeber

Im Unterschied etwa zu Augsburg gab es in Ulm in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch keine Banken, die einen wirtschaftlichen Aufschwung hätten begleiten können. Unmittelbare Nachteile scheinen sich daraus vorerst noch nicht ergeben zu haben, da, wie Peter Schaller nachgewiesen hat, der Kapitalbedarf der sich aus handwerklichen Anfängen entwickelnden Ulmer Industrie zunächst noch gering war.¹⁷ Gedeckt wurde er durch private Darlehen, die von einzelnen Kaufleuten und Unternehmern, vor allem aber innerhalb der Familien gewährt wurden. So

finanzierte Philipp Jakob Wieland das 1828 aus einer Glockengießerei hervorgegangene Messingwalzwerk mit Krediten des Ulmer Tabakfabrikanten Wechsler, aus Privatstiftungen und mit Mitteln seiner sich zur Hälfte am Unternehmen beteiligenden Stuttgarter Schwäger, den Kaufleuten Kapff.¹⁸ Und für seine Untersuchungen des Kalksteins der Schwäbischen Alb und die Gründung eines Zementwerks 1838 konnte sich der Apotheker Gustav Leube mehrfach auf Kredite seines Schwiegervaters, des Hospitalverwalters Konrad Daniel Dieterich, stützen. Dieterich, damals einer der vermögendsten Männer Ulms, wurde 1769 als Sohn des Pfarrers von Bräunisheim im Ulmer Territorium geboren, durchlief die reichsstädtische Ämterkarriere und wurde 1811 vom württembergischen König zum Mitglied des Ulmer Magistrats und zum Senator auf Lebenszeit ernannt, 1852 auch in den persönlichen Adel erhoben. Von seinem wohl durch geschickte Geldanlage erworbenen und bis ins hohe Alter – er wurde 87 Jahre alt und amtierte als Hospitalverwalter bis ins 85. Lebensjahr – vermehrten Vermögen, aber auch von seinem Familiensinn zeugt, dass er schon den Vertrag für den Kauf der Kronenapotheke durch Leube, den Ausgangspunkt für dessen weitere Unternehmen, zusammen mit seiner Frau 1832 als „künftige Schwiegereltern“ mit unterschrieb.¹⁹

Die Beobachtung, dass in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts private Kapitalgeber eine wichtige Rolle am Ulmer Kapitalmarkt spielten, lässt sich auch aus den Unterpfandsprotokollen bestätigen²⁰, deren Führung im Rahmen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit durch das IV. württembergische Verwaltungsedikt auf Städte und Gemeinden übergegangen war. In der Regel einmal wöchentlich tagte die Unterpfandsbehörde, d. h. in der Praxis meist der Oberbürgermeister allein mit seinem Aktuar, während die übrigen, aus dem Stadtrat kommenden Mitglieder sich mit der später nachvollzogenen Unterschrift im Protokollbuch als Bestätigung der Verhandlungen begnügten. Stets ging es, und in dieser Reihenfolge verliefen jeweils die Sitzungen, um die Tilgung und danach die Aufnahme von Krediten, die durch Eintrag im Protokoll gelöscht bzw. abgesichert werden sollten. Die übliche Form scheinen dabei Schuldverschreibungen gewesen zu sein, die auch handelbar waren und teilweise über mehrere Besitzer liefen, ehe sie eingelöst wurden. Nahezu alle Bevölkerungsschichten begegnen uns in diesen Protokollen: Handwerksmeister und Gastwirte,

nicht selten auch Erbgemeinschaften, aber auch Beamte und selbst Stadträte, Letztere in der Funktion von Kreditgebern. Die Höhe der Beträge bewegte sich meist bei einigen hundert Gulden und überstieg nur in Ausnahmefällen die 1000-Gulden-Grenze. Als Sicherheiten wurden meist Immobilien genannt, auf deren Schätzung durch obrigkeitliche Instanzen jedoch ausdrücklich verzichtet wurde. Dies könnte ein Indiz dafür bieten, dass das Unterpandwesen vor allem der Deckung kurzfristigen Kapitalbedarfs – und umgekehrt entsprechender Geldanlage – diene und in dieser Bedeutung allgemein akzeptiert war.

Die Ulmer Hospitalstiftung am Kapitalmarkt

Von den am Kapitalmarkt agierenden öffentlichen Institutionen wurde die Hospitalstiftung bereits genannt. Hervorgegangen war sie aus dem 1240 erstmals erwähnten Heilig-Geist-Spital, das ebenso wie die übrigen Spitäler in der Stadt am Ende des Spätmittelalters kommunalisiert, d. h. unter Wahrung der rechtlichen Selbstständigkeit in die Verwaltung der Reichsstadt übergegangen war.²¹ Bei der Mediatisierung blieb – wie in Biberach²² – das Spitalvermögen erhalten und wurde mit dem Vermögen der Kirchenstiftung und annähernd 100 von der Stadt verwalteten Privatstiftungen zusammengelegt. Einen weiteren Zuwachs erfuhr die Hospitalstiftung durch das Vermögen des Sammlungsstifts, eines vornehmen Stifts für Patriziertöchter, das 1808 zunächst an das Damenstift St. Anna in München transferiert worden war, nach dem Staatsvertrag von 1810 aber zurückgegeben werden musste.²³

Mit einem Vermögen von insgesamt knapp zwei Millionen Gulden, das sich in etwa je zur Hälfte aus den jeweils gesondert geführten Vermögen der Armenstiftung und der Kirchen- und Schulstiftung zusammensetzte, bildete die beide Bereiche unter ihrem Dach vereinende Ulmer Hospitalstiftung die bei weitem größte Stiftung im Königreich Württemberg. Bezieht man das Stiftungskapital jedoch auf die Einwohnerzahl, und diese Größe bestimmte die Höhe von Zuwendungen an Einzelne, wird die Ulmer Hospitalstiftung vom Biberacher Spital übertroffen.²⁴

Von seiner Entstehungsgeschichte her bestand der Grundstock der Hospitalstiftung im Wesentlichen aus zum Teil weit außerhalb der Stadt gelegenen Grundbesitz, vor allem in ausgedehnten und ertragreichen

Waldungen. Aufgabe der Hospitalstiftung war es, aus ihren Einkünften einerseits Gesundheitswesen und Armenfürsorge in der Stadt zu finanzieren und andererseits für das Kirchen- und Schulwesen aufzukommen. Für beide Bereiche wurden getrennte Kassen geführt, wobei die Kasse der Kirchen- und Schulstiftung – angesichts steigender Sozialausgaben nicht überraschend – stets solventer war als die Armenkasse und dieser bei Engpässen durch kurzfristige interne Darlehen aufhelfen konnte. Über die Verwaltung der aus dem Vermögen erzielten Einkünfte wachte der unter dem gemeinsamen Vorsitz von Oberbürgermeister und Dekan tagende, mit dem Stadtrat personengleiche Stiftungsrat²⁵, und auf seinen regelmäßigen Sitzungen wurde neben anstehenden laufenden Vorhaben auch über die Anlage verfügbarer Gelder entschieden. Einige aus den Stiftungsratsprotokollen²⁶ eher willkürlich herausgegriffene Beispiele mögen dies veranschaulichen:

So wurden ohne Diskussion im Herbst des Jahres 1835 einem Wirt in Burlafingen 6000 Gulden zu 4,5 % Zins geliehen.²⁷ Von den bis November desselben Jahres an die Hospitalstiftung zurückbezahlten und „zur Anlage disponiblen“ 20 433 Gulden wurden Bauern in Langenau und Günzburg mit zusammen 4000 Gulden zu 4,5 % bedacht, der Löwenanteil mit den restlichen mehr als 16 000 Gulden aber ging an das Gräflich Reuttner'sche Rentamt in Achstetten zu 4 %.²⁸ Bis zum 28. Dezember 1835 waren dann schon wieder 14 237 Gulden eingegangen. Stiftungsverwalter Dieterich konnte dafür gleich zehn Darlehensanträge vorlegen.²⁹ Neun davon stammten von Müllern und Bauern bis aus dem bayerischen Zusmarshausen und beliefen sich auf bis zu 7000 Gulden im Einzelfall, für die 4,5 % bis maximal 5 % Zinsen geboten wurden. Den Zuschlag aber erhielt wiederum das Reuttner'sche Rentamt zu 4 % mit der sehr allgemein gehaltenen Begründung, dass diese „Offerte in mehrfacher Weise den Vorzug genieße, solange noch im Lande wenigstens 4 % zuverlässig zu erzielen“ seien.

Grundsätzlich freilich bestanden, wie auch die angeführten Beispiele teilweise gezeigt haben, keine Bedenken gegen Geldanlagen jenseits der Landesgrenze, wenn hier vielleicht auch besonders sorgfältig auf Sicherheiten geachtet wurde. So wurde z. B. 1836 das Kreditgesuch eines Bauern aus Oberhausen bei Weißenhorn, Landgerichtsbezirk Roggenburg, mit dem Bemerken abgelehnt, dass die gewünschten

7500 Gulden „im Ausland nicht zuverlässig untergebracht werden könnten“.

Offensichtlich war demnach die Ulmer Hospitalstiftung über die Stadt hinaus als Kreditgeberin bekannt und wohl auch gesucht. Als Tendenz erkennbar scheint jedenfalls, dass Darlehen vor allem auf Grundbesitz gewährt wurden und dass darunter hohe Anleihen, wie die des Adels aus der Umgebung³⁰, bevorzugt und dafür sogar gegenüber anderen Angeboten niedrigere Zinssätze akzeptiert wurden. Ansonsten war man bestrebt, Richtlinien für einheitliche Zinssätze festzulegen, bestimmte z. B. 1850 einen generellen Satz von 5 %, der 1852 in Anpassung an die allgemeine Entwicklung wieder auf 4,5 % reduziert wurde.³¹ Von vornherein festgelegt und damit vorgegeben war die Verzinsung von Staatsanleihen, in die die Hospitalstiftung seit 1845 in wachsendem Maße investierte, wobei bayerische Staatspapiere, auch Obligationen der bayerischen Staatseisenbahn, einen gewissen Vorzug genossen zu haben scheinen.³² Auch der Stadtpflege, der seit 1849 verschiedentlich kurz- oder auch längerfristige Kredite als Überbrückungshilfen eingeräumt wurden, gewährte die Hospitalstiftung keine Sonderkonditionen, bestand sogar auf der Hinterlegung eines Unterpfandscheins und dokumentierte damit die rechtliche Unabhängigkeit der Stiftung.³³

In vergleichsweise geringem Umfang finden sich unter den Kreditnehmern der Hospitalstiftung auch Ulmer Bürger, darunter eher vereinzelt auch Gewerbetreibende. Dazu zählte der Lederfabrikant Fromm, dessen Gesuch um ein Darlehen von 11 000 Gulden im November 1839 mit dem Zusatz genehmigt wurde, dass „dergleichen Anleihen für hiesige Gewerbetreibende besonders vorzugswürdig“ seien.³⁴ Ähnliches galt für einen 1840 beschiedenen Antrag des Buchhändlers Ebner.³⁵

Aber erst nach der Jahrhundertmitte im Zuge der Industrialisierung und jetzt mit bedeutenden Einzelbeträgen engagierte sich die Hospitalstiftung auch an größeren Unternehmen. Mit 22 500 Gulden beteiligte sie sich z. B. 1873 an einem sich auf insgesamt 45 000 Gulden belaufenden Kredit für die Pflugfabrik Eberhardt, dessen andere Hälfte die Oberamtssparkasse übernahm. Das Unternehmen bot dafür seine Liegenschaften im Wert von 90 000 Gulden als Sicherheit, und dies bedeutete für die Hospitalstiftung, dass sie sich über den traditionellen Grundsatz, stets dreifache Absicherung zu verlangen, hinwegsetzte.³⁶ Fünf Jahre später, 1878, gewährte sie der Hutfabrik Mayser, jetzt

in Markwährung gerechnet, ein Darlehen von 37 500 Mark und erwarb 1886 von der unterdessen in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Hutmanufaktur noch Obligationen im Wert von 50 000 Mark.³⁷

Kapitalanlagen und Investitionen der Stadt

Überraschend mag erscheinen, dass auch die Stadt nach Überwindung der Mediatisierungsphase wieder am Kapitalmarkt agierte. Die Regelung der aus reichsstädtischer Zeit überkommenen Schulden durch die Staatskasse ermöglichte seit den 20er-Jahren des 19. Jahrhunderts nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern auch die Bildung von Rücklagen, eines Grundstocks.³⁸ Schon in der Gemeinderatssitzung vom 3. Mai 1825 erinnerte die Stadtpflege an „bar zum Ausleihen vorhandene 7000 Gulden“ und schlug vor, diese „in einem öffentlichen Blatte“ als Darlehen auszuschreiben, wobei vor allem an Landgemeinden als Kreditnehmer zu denken sei.³⁹ Stattderer meldete sich am 17. Mai der Bauer Stengle aus Nerenstetten wegen eines Kredits von 2200 Gulden auf sein Hofgut und am 19. Juli der Bauer Schiesser aus Unterbalzheim, der 1000 Gulden übernahm.⁴⁰ Bereits am 3. September 1825 berichtete die Stadtpflege erneut über einen Kassenvorrat von 5000 Gulden, der durch Vermittlung des Großhändlers Kispert zu 4,5 % Zins bei der Staatskasse angelegt wurde.⁴¹

Deutlich wird aus diesen Beispielen, dass die in reichsstädtischer Zeit geübte Praxis der Kreditvergabe zunächst fortgesetzt wurde, und dass man in Ermangelung eines funktionierenden Bankwesens bei größeren Geldanlagen noch der Erfahrung in diesem Metier bewanderter Kaufleute bedurfte. Auch in den folgenden Jahren scheint sich daran nur wenig geändert zu haben. Ebenso wie die Hospitalstiftung gewährte die Stadtkasse kleinere und größere Kredite an Handwerksmeister, verstärkt auch an Gastwirte, und legte weiteres Kapital in württembergischen Staatsobligationen an, die bei Bedarf – so die zeitgenössische Formulierung in den Ratsprotokollen – auch wieder „versilbert“ wurden.⁴² Der dafür verfügbare städtische Grundstock an Geldvermögen war bis Ende der 40er-Jahre auf immerhin über 300 000 Gulden angewachsen.⁴³ Verschiedentlich erwies sich die Geldanlage auch als mühevoll. An einem, um ein späteres Beispiel herauszugreifen, im Januar 1850 im „Staatsanzeiger“, im „Merkur“ und in den Ulmer Zeitungen aus dem städtischen Grundstock angebotenen Kredit in Höhe

von 20 000 Gulden zeigte sich niemand interessiert.⁴⁴ Ähnlich ging es im darauffolgenden Jahr, als 30 000 Gulden aus dem städtischen Grundstock zur Verfügung standen, die sich trotz aller Mühen und wiederholter Ausschreibung nicht gegen angemessene Zinsen unterbringen ließen. Statt dem Vorschlag der Stadtpflege zu folgen, dann eben bayerische Staatspapiere zu kaufen, beschloss der Stadtrat, doch lieber bei der Württembergischen Brandversicherungskasse aufgenommene Darlehen zu tilgen.⁴⁵

Auf die Absicherung städtischer Kredite wurde jedoch sorgfältig geachtet. Als man z. B. 1849 bei der Überprüfung eines der Gemeinde Nellingen gewährten Darlehens feststellte, dass dafür nur Waldungen eingetragen und diese nach gegenwärtigem Wert viel zu hoch veranschlagt seien, wurde die Anleihe prompt mit einer 3-Monats-Frist gekündigt.⁴⁶

Unterdessen hatten sich mit den im 19. Jahrhundert aufkommenden Aktiengesellschaften neue Möglichkeiten der Kapitalanlage ergeben. Das größte Vorhaben dieser Art bildete in Ulm – wie auch anderswärts – die Gründung einer Eisenbahngesellschaft. Noch ehe im Dezember 1835 die erste Eisenbahn in Deutschland zwischen Nürnberg und Fürth verkehrte, befasste sich am 22. September 1835 der Ulmer Gemeinderat auf Initiative des vielseitig engagierten Gymnasialprofessors Dr. Konrad Dietrich Haßler mit „der Errichtung von Eisenbahnen im Lande unter besonderer Berücksichtigung auf den hiesigen Handelsplatz“.⁴⁷ Ziel der Beratungen war es, die projektierte Eisenbahnlinie unbedingt über Ulm zu führen, um – wie es Haßler formulierte – der „in ihrem Wohlstand unleugbar heruntergekommenen Vaterstadt“ wieder zu zentraler Bedeutung zu verhelfen. Am 21. Dezember 1835 wurde die Ulmer Eisenbahngesellschaft gegründet, für die sofort Aktien im Wert von 80 000 Gulden gezeichnet wurden, und am 29. Dezember entschloss sich der Stadtrat zur Übernahme von 1000 Aktien zu je 100 Gulden, also für 100 000 Gulden, die vorläufig von der Hospitalstiftung zu tragen seien.⁴⁸ Der Genehmigungsbescheid der Regierung legte dann allerdings ein Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln zwischen Hospitalstiftung und Stadt fest.⁴⁹ Ausdrückliche Bedingung für das Engagement der Stadt war, dass die Eisenbahn über „Esslingen, Göppingen und Geislingen nach Friedrichshafen angelegt“ werde.⁵⁰ Die Vereinigung der Ulmer mit der Württembergischen Eisenbahngesellschaft veränderte

dann 1836 das Stimmenverhältnis innerhalb der Aktiengesellschaft, in die auch viel auswärtiges Kapital floss, das nicht zuletzt auch die Diskussion um die Streckenführung beeinflusste. Als 1838 der Eisenbahnbau zur Staatsaufgabe erklärt wurde, verlor die Eisenbahngesellschaft ihre Zwecksetzung und löste sich auf.

Für unser Thema aufschlussreich ist, dass nach Ausweis der Mitgliederliste der Ulmer Eisenbahngesellschaft nahezu das gesamte Besitz-, Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, auch ehemalige Patrizier, Offiziere und Beamte, teilweise beträchtliche Aktienanteile zeichneten, und Ähnliches gilt für die an der projektierten Strecke liegenden Städte, nicht zuletzt Biberach.⁵¹ Dabei haben jüngere Forschungen gezeigt, dass – wie dies auch in dem Ulmer Gemeinderatsbeschluss zum Ausdruck kam – nicht so sehr Aussichten auf hohe Renditen als vielmehr Hoffnungen auf künftige Standortvorteile zum Aktienkauf beigetragen haben.⁵²

Ähnliche Motive lassen sich auch bei einem weiteren Infrastrukturprojekt zur Verbesserung der Verkehrsanbindung erkennen, der Dampfschiffahrt auf der Donau, die sukzessive die bewährten Ulmer Schachteln ersetzen sollte.⁵³ 1840 gründeten Kaufleute und Unternehmer die „Ulmer Actien-Gesellschaft für die Dampf- und Ruderschiffahrt auf der Donau“. Am Aktienkapital von 300 000 Gulden beteiligte sich die Stadt vorsichtig zurückhaltend nur mit 13 000 Gulden, der württembergische Staat mit 40 000 Gulden. Die Anfänge verliefen schleppend. Erst 1843 wurden die Statuten genehmigt, danach aber setzte ein Run auf die Aktien ein. Entsprechend interessiert wurden die Konstruktion und der Transport des in England gebauten Schiffes verfolgt, bis es schließlich 1846 auf der Donau schwamm. Geld war mit der „Stadt Ulm“, wie das Dampfboot getauft wurde, nicht zu verdienen. Für die noch unregulierte Donau war es zu lang, hatte zu großen Tiefgang und lag daher meist beschäftigungslos am Ufer. Das Wagnis, zusätzlich in den Kauf eines kleineren Schiffes zu investieren, zu dem der Stadtrat, um das Projekt als Ganzes zu retten, noch bereit gewesen wäre, scheiterte jedoch am Widerspruch des Bürgerausschusses.⁵⁴ Mit dem Verkauf der „Stadt Ulm“ an das königlich bayerische Ministerium der Verkehrsanstalten war das Unternehmen gescheitert, und resignierend musste der Ulmer Gemeinderat 1852 zur Kenntnis nehmen, dass ihm aus dem Verkaufserlös nur noch 26 Gulden 30 Kreuzer

für jede der einst für 100 Gulden erstandenen Aktien blieben.⁵⁵

Noch verlustreicher hatte sich ein weiteres, schon in den 30er-Jahren begonnenes Unternehmen gestaltet, die Gründung einer „Runkelrüben-Zuckergesellschaft“ im Jahre 1836, der damals größten unter den württembergischen Zuckerfabriken.⁵⁶ Von der Stadt Ulm, die 5 % des Aktienkapitals von 100 000 Gulden übernahm und zusätzlich ein verzinsliches Darlehen gewährte, wurde sie als „vaterländisches und städtisches Unternehmen“ nachhaltig unterstützt. Von Anfang an im Verhältnis zur Kapitaldecke zu groß dimensioniert, schrieb die Fabrik rote Zahlen und musste 1839 verkauft werden, wobei der Erlös nur noch zur Schuldendeckung ausreichte. Trotz dieser Erfahrung war die Stadt zu weiterem finanziellem Engagement bereit und gewährte der in Nachfolge des Zuckerunternehmens gegründeten Malzfabrik von Murschel, Stängle und Compagnie 1844 ein Darlehen von 30 000 Gulden aus der Stadtkasse.⁵⁷ Zur Deckung verwendet werden sollten Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke für den Festungsbau, und als diese nicht rechtzeitig eingingen, wurden sogar Staatsanleihen gekündigt, um der Malzfabrik entgegenzukommen. Die Auflagen waren freilich hart und unterschieden sich deutlich von Kreditnehmern, die Grundbesitz als Sicherheit leisteten. Sämtliche Teilhaber der Malzfabrik mussten mit ihren Ehefrauen solidarisch für Kapital und Zinsen haften und dies durch ihre Unterschrift im Pfandbuch und auf dem Pfandschein bestätigen. Unter solchen Bedingungen, wenn auch erst nach langer Laufzeit, erfolgte tatsächlich eine vollständige Tilgung des von der Stadt gewährten Kredits. Nachvollziehbar ist jedoch, dass die Stadt, obwohl sie sich bisher gegenüber unternehmerischen Initiativen offen gezeigt hatte, danach an einem Aktienerwerb nicht mehr sonderlich interessiert war, zumindest sorgfältig auswählte und 1860 eine Beteiligung an der als Aktiengesellschaft betriebenen Sommerwirtschaft und Brauerei „Zum Schiff“ rundweg ablehnte.⁵⁸

Mit dem Eisenbahnanschluss 1850 und dem Bau der Bundesfestung 1842 bis 1859⁵⁹ sind bereits zwei Projekte angeklungen, die von außen – vom württembergischen Staat und vom Deutschen Bund – finanziert erhebliche Mittel nach Ulm brachten. Die Ulmer profitierten davon in doppelter Hinsicht, zum einen durch den Verkauf von Grundstücken, bei dem sie sich sehr preisbewusst zeigten, zum andern durch

Aufträge aller Art und den Konsum der bis zu 8000 gleichzeitig tätigen Arbeiter.

Auf die Stadt kamen freilich Folgekosten zu, u. a. für die Erschließung des Bahnhofzugangs, vor allem aber durch das Wachstum der Bevölkerung und die städtebauliche Expansion. Verwendet wurden dafür Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, aus der Veräußerung von Staatsobligationen und – wie bisher – Anleihen bei der Hospitalstiftung. Aber es zeigte sich doch, dass für größere Projekte, darunter die zentrale Wasserversorgung und die Inbetriebnahme eines Gaswerks, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend neue Wege der Finanzierung gesucht werden mussten⁶⁰, auch wenn die Stadt weithin noch traditionellen Vorstellungen verhaftet blieb und z. B. 1869 auf die vorzeitige Rückforderung städtischer Darlehen an Privatpersonen mit der Begründung verzichtete, dass dies den „Schuldern der Stadt Verlegenheiten“ bereiten könnte.⁶¹

Erst vereinzelt, am frühesten mit der Oberamts-Sparkasse (1857), dann auch mit der Gewerbebank (1867), begannen seit Mitte der 50er-Jahre des 19. Jahrhunderts bei Geldgeschäften der Stadt auch Ulmer Kreditinstitute eine Rolle zu spielen, wobei die 1847 als „Sparverein“ gegründete Sparkasse für den Oberamtsbezirk Ulm in ihrer Anfangsphase verschiedentlich und stets kurzfristig Kreditnehmerin bei der Stadtkasse war.⁶² Nach außerhalb bestanden vor allem Verbindungen der Stadt zur Hofbank in Stuttgart⁶³, und auch mit Schweizer Banken versuchte Ulm ins Geschäft zu kommen. Da Letzteres ein bezeichnendes Licht auf den sich anbahnenden Umgang mit Banken wirft, sei auf dieses Beispiel etwas näher eingegangen⁶⁴: Am 19. Juli 1870, dem Tag des Ausbruchs zum deutsch-französischen Krieg, trug Oberbürgermeister Heim dem Gemeinderat vor, dass der „Kassenbestand der städtischen und Stiftungsverwaltungen gegenwärtig ein sehr geringer“ sei. Die „plötzlich über das Land hereingebrochenen Kriegsverhältnisse“ machten es aber „dringend nötig, für alle Fälle Vorsorge zu treffen“ und „wo möglich eine größere Summe Geldes aufzunehmen“. Im „Lande selbst“ lasse sich dies „bei der Panik, welche gegenwärtig den Geldmarkt beherrsche, nicht realisieren“. Nun habe aber schon 1866, beim deutsch-deutschen Krieg, ein „Schweizer Bankhaus auf Anfrage“ eine „sehr annehmbare Offerte“ vorgelegt, und dorthin sollte man sich daher wieder wenden. Bei der Vorbereitung der

Schwäbischen Industrie-Ausstellung in Ulm⁶⁵ habe man zudem den Ingenieur Zuppinger aus Ravensburg kennen gelernt, der „als geborener Schweizer mit den dortigen Geldverhältnissen genau vertraut sei“, und diesen könne man mit der Vermittlung eines auf ein Jahr befristeten Darlehens von 200 000 Schweizer Franken beauftragen, für das die Stadt Ulm mit ihrem Vermögen von 2 Millionen Gulden hafte. Zur Sicherheit wollte man Zuppinger den Kaufmann Klemm begeben, „bekanntlich“ – so der Oberbürgermeister – „einen in Geldsachen sehr erfahrenen Mann“; Klemm war Kassier der Gewerbebank, deren Geschäfte er vom Büro seines Handelshauses am Münsterplatz aus erledigte. Vor dem definitiven Abschluss eines Darlehens sollte jedoch telegraphisch die Zustimmung von Gemeinderat und Bürgerausschuss eingeholt werden. Aus dem Kredit ist dann zwar nichts geworden⁶⁶, aber der Vorgang zeigt doch – von einer gewissen Kriegshysterie abgesehen –, dass die Stadt Ulm zwar einerseits die Fühler am Kapitalmarkt ausstreckte, es aber doch noch an eigenen größeren Erfahrungen mangelte. Die anstehenden großen Investitionen der zweiten Jahrhunderthälfte wurden dann, neben Darlehen der Württembergischen Brandversicherung, vor allem mit Krediten der Gothaer Lebensversicherung und der Deutschen Genossenschaftsbank in Frankfurt am Main abgewickelt.⁶⁷

Die Gründung von Sparkassen und Banken

Aus eher bescheidenen Anfängen hatten sich daneben auch in Ulm Kreditinstitute entwickelt, die abschließend und in Auswahl wenigstens erwähnt werden sollen. Zur Einlage von Ersparnissen und zur Kreditgewährung an Gewerbetreibende wurde 1843 eine „Privat-, Spar- und Leihbank“ gegründet, die wegen wenig professioneller Rechnungsführung und riskanter Spekulationsgeschäfte 1866 ein unrühmliches Ende nahm, obwohl das Kapital in einer „blechernen Kasse“ im Stadtarchiv verwahrt wurde.⁶⁸ Für kurzfristig in Not geratene Handwerksmeister und für nach sicheren Anlagemöglichkeiten kleinerer Sparbeträge suchende breitere Bevölkerungsschichten konnte sie ebensowenig als Ansprechpartner gelten wie die Stadt oder die Hospitalstiftung, die eher größere Darlehen gegen ausreichend solide Sicherheiten vergaben. Im Hunger- und Krisenjahr 1847 wurde daher eine städtische „Hülfleihkasse“ gegründet, deren Grundstock von 4000 Gulden wiederum die Hospitalstiftung ein-

legte, und die kurzfristige, den Betrag von 100 Gulden nur selten übersteigende Überbrückungskredite gewährte.⁶⁹

Mit der 1847 vom Bezirkswohltätigkeitsausschuss ausgehenden Gründung eines Sparvereins, der 1853 aus steuerlichen Gründen als „Oberamtssparkasse“ in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt wurde, entstanden schließlich die Anfänge der Sparkasse Ulm⁷⁰, auf deren Entwicklung – nachdem Sparkassen im Rahmen des Symposiums bereits eingehend dargestellt worden sind – nicht näher einzugehen ist. Ergänzend erwähnenswert ist vielleicht nur, dass dem geschäftsführenden Ausschuss in den frühen Jahren neben Beamten, je einem Kaufmann und Apotheker auch der evangelische Dekan und Oberstleutnant von Prittwitz, der Erbauer der Bundesfestung, angehörten, der schon am 24. Februar 1848 verfügte, dass neu eintretende Arbeiter alle zwei Wochen mindestens einen Gulden von ihrem Lohn in die Sparkasse einzahlen mussten.⁷¹ Daneben richtete er für die Festungsarbeiter einen eigenen Kranken- und Unterstützungsfonds ein, der jedoch wie auch die älteren Gesellenkrankenkassen oder die 1835 gegründete allgemeine Krankenkasse am Kreditmarkt nicht hervortrat.⁷²

Einen erfolgreichen Aufschwung nahm, als letztes Beispiel, die 1863 nach langem Anlauf von Gewerbeverein und Bürgergesellschaft gemeinsam gegründete Gewerbebank, die nach ihren Statuten „den Kreditbedürfnissen ihrer Mitglieder und der Förderung ihrer Gewerbe“ dienen sollte.⁷³ Tatsächlich bedienten sich in der fortschreitenden Industrialisierungsphase aber auch Unternehmen wie die Feuerwehrrequisitenfabrik von Conrad Dietrich Magirus der Gewerbebank, und für deren Prosperität zeugt, dass sie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts regelmäßig 7 % Dividende auf die Anteile ihrer Mitglieder ausschütten konnte.

Zusammenfassung

Es war ein langer und nicht unbedingt direkter Weg, der von individuellen Geldanlagen und Darlehensaufnahmen zu professionellen Kreditinstituten führte, und entsprechend schwer fällt ein zusammenfassender Überblick, zumal sich die Betrachtung im Wesentlichen auf öffentliche Haushalte beschränkt hat. Waren es – sehr vereinfachend formuliert – in reichsstädtischer Zeit Bürger aller Schichten, die ihr verfügbares Kapital der Stadt unmittelbar zu sicheren

Konditionen antrugen und dieser damit die Bestreitung der im letzten reichsstädtischen Jahrzehnt geradezu explosionsartig steigenden Ausgaben ermöglichten, so übernahm nach der Mediatisierung – neben Privatpersonen – die Hospitalstiftung eine wichtige Funktion bei der Kreditgewährung. Als seit den 20er-Jahren des 19. Jahrhunderts die Stadt, u. a. durch Privatisierung der Bleichen und Urbarmachung des Gögglinger Rieds, einen Vermögensgrundstock aufbauen konnte, trat auch sie, mit der Hospitalstiftung vielfach verwoben, wieder am Kapitalmarkt auf. Ad-hoc-Entscheidungen wurden dabei zunehmend durch längerfristige und zukunftsorientierte Anlagen, wie Investitionen in die Verkehrsanbindung, wenn auch – wie bei der Dampfschiffahrt gezeigt – mit teilweise zweifelhaftem Erfolg, ersetzt. Die Finanzierung der städtischen Expansion und des Ausbaus der Infrastruktur führten dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Stadt, Oberamtssparkasse und Banken zusammen, wobei die örtlichen Kreditinstitute teilweise Vermittlerfunktionen zu auswärtigen Banken übernahmen. Ungeachtet aller sich allmählich fortentwickelnden Veränderungen in den Organisationsformen lässt sich als über den gesamten Zeitraum gleich gebliebene Aufgabe aber doch erkennen, Kapital und Kapitalbedarf unter Berücksichtigung individueller und gesamtwirtschaftlicher Interessen in Einklang zu bringen.

Anmerkungen

- 1 *Stadtarchiv (=StA) Ulm*, A 3449 Nr. 72, S. 20.
- 2 Kurt Rothe, Das Finanzwesen der Reichsstadt Ulm im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Bd. 21), Ulm 1991, S. 451, dort auch eine Übersicht über die Einnahmeentwicklung seit 1720.
- 3 *StA Ulm*, A 3449 Nr. 72.
- 4 *Rothe* (wie Anm. 2), S. 190–193.
- 5 Bereits 1648 hatte St. Gallen an 14 Reichsstädte, darunter Biberach, Isny, Konstanz, Leutkirch, Memmingen, Ravensburg, Wangen und Ulm, Darlehen vergeben: Ernst Ziegler, Die Stadt St. Gallen und Süddeutschland, St. Gallen 1980 (masch. vervielf.), S. 13; für Bern vgl. auch *Rothe* (wie Anm. 2), S. 211 f.
- 6 Zum Zinssatz vgl. *Rothe*, S. 185, 192, 222; vgl. auch Hans Eugen Specker, Die Einführung einer Vicesimationssteuer in der Reichsstadt Ulm 1733, in: Helmut Bräuer u. a. (Hg.), *Viatori per urbes castraque*. Festschrift für Herwig Ebner, Graz 2003, S. 664.
- 7 *StA Ulm*, A 3692.
- 8 *Rothe* (wie Anm. 2), S. 196.
- 9 Beispiele *ebd.*, S. 200.
- 10 Belege dazu und zum Folgenden bei Hans Eugen Specker (Hg.), Die Bestände des Stadtarchivs Ulm (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm: Reihe Dokumentation, Bd. 11), Ulm 2002, S. 137.
- 11 Dazu und zum Folgenden *Rothe* (wie Anm. 2), S. 26 f., 187–189, 245–248.
- 12 *StA Ulm*, A 3449 Nr. 72, S. 20; *Rothe*, S. 260 f.
- 13 Christoph Leonhard von Wolbach, *Ulmische Zustände*, Ulm 1846, S. 7–10; *Rothe*, S. 266–284.
- 14 Erst im Etatjahr 1840/41 musste Ulm eine durch Umlage erhobene Gemeindesteuer, den „Stadtschaden“, ausschreiben: Raimund Waibel, Stadt und Verwaltung. Das Bild des Ulmer Gemeinwesens im 19. Jahrhundert, in: Hans Eugen Specker (Hg.), *Ulm im 19. Jahrhundert* (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm: Reihe Dokumentation, Bd. 7), Ulm 1990, S. 330–333.
- 15 *StA Ulm*, B 001/0 Nr. 1.
- 16 Peter Schaller, Zur Wirtschaftsgeschichte Ulms, in: Hans Eugen Specker (Hg.), *Ulm im 19. Jahrhundert* (wie Anm. 14), S. 111 f.
- 17 Peter Schaller, Die Industrialisierung der Stadt Ulm zwischen 1828/34 und 1875. Eine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Studie über die „Zweite Stadt“ in Württemberg (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Bd. 27), Ulm 1998, S. 257 f.
- 18 Vgl. auch Hermann Baumhauer, *Wieland. Geschichte einer Arbeitsheimat*, Ulm 1991, S. 14 f., 19.
- 19 *StA Ulm*, G 2: Leube, Gustav Ernst; vgl. auch Karl Wimmer, Dr. Gustav Leube, Apotheker und Zementfabrikant 1808 bis 1881, in: *Schwäbische Lebensbilder VI*, Stuttgart 1958, S. 325–336.
- 20 *StA Ulm*, B 054/78: *Unterpfandsprotokolle 1820–1900*.
- 21 Heinz Muschel, Das Spital der Reichen Siechen zu St. Katharina in Ulm. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung zur Inkorporation von Wohlfahrtsanstalten durch die Reichsstadt im ausgehenden Mittelalter (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Bd. 5), Ulm 1965, bes. S. 82–90.
- 22 Hans-Peter Ulrich, Der Heilig-Geist-Spital zu Biberach an der Riß. Versuch einer Gesamtdarstellung, Diss. jur. Tübingen 1965, S. 101 ff.; vgl. auch Martin Loth (Hg.), *Der Hospital zum Heiligen Geist in Biberach. Gegenwart und Geschichte*, Biberach 1997.
- 23 *Rothe*, *Finanzwesen* (wie Anm. 2), S. 273–283.
- 24 Hans-Peter Jans, Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege in Ulm 1870–1930 (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Bd. 25), Ulm 1994, S. 107 f.
- 25 Hans Eugen Specker, *Ulm. Stadtgeschichte*, Ulm 1977, S. 309 f.
- 26 *StA Ulm*, B 005/8: *Protokolle des Stiftungsrats 1823–1894; zu Anträgen auf Darlehen der Hospitalstiftung* vgl. auch *StA Ulm*, B 370/110 Nr. 14.
- 27 *StA Ulm*, *Stiftungsratsprotokoll 1835 Okt. 15*, § 662.
- 28 *Ebd.*, 1835 Nov. 5, § 705.
- 29 *Ebd.*, 1835 Dez. 28, § 789.
- 30 Außer dem Gräflich Reutner'schen Rentamt genannt werden das Gräflich von Meldeghem'sche Rentamt zu Niederstotzingen (*Stiftungsratsprotokoll 1831 Febr. 24*, § 124), Gräfin von Obendorf, geb. von Freyberg in Regensburg (*ebd.* 1836 März 10, § 193; *Darlehen versichert auf Herrschaft Hürbel*), Gräflich von Bassenheimisches Rentamt zu Heggbach (*ebd.* 1843 Okt. 26, § 370).
- 31 *StA Ulm*, *Stiftungsratsprotokolle 1850 Aug. 15*, § 253; 1852 Sept. 23, § 318.
- 32 Vgl. z. B. *ebd.*, 1863 Febr. 12, § 31.

- 33 *Ebd.*, 1849 Febr. 15, § 65.
 34 *Ebd.*, 1839 Nov. 28, § 851.
 35 *Ebd.*, 1840 Sept. 10, § 65; vgl. auch 1843 Nov. 23, § 399.
 36 *Ebd.*, 1873 Mai 1, § 31.
 37 *Schaller*, Industrialisierung (wie Anm. 17), S. 258 f.
 38 *Heinrich Wagner*, Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Ulm im 19. Jahrhundert (Sonderdruck aus den Württ. Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde 1895, Heft 1), Stuttgart 1895, S. 12.
 39 *StA Ulm*, B 005/5: Ratsprotokolle (= Rp.) 1825 Mai 3, § 667.
 40 *StA Ulm*, Rp. 1825 Mai 17, § 736 und Juli 19, § 1033.
 41 *Ebd.*, Rp. 1825 Sept. 3, § 1355.
 42 Vgl. z. B. Rp. 1841 Dez. 13, § 1959.
 43 *StA Ulm*, B 931/02 Nr. 1; *Wagner*, Wirtschaftliche Verhältnisse (wie Anm. 38), S. 12.
 44 *StA Ulm*, Rp. 1859 Jan. 20, § 62.
 45 *Ebd.*, Rp. 1860 Dez. 11, § 1805 und Dez. 31, § 1900.
 46 *Ebd.*, Rp. 1849 Sept. 11, § 2151.
 47 Dazu und zum Folgenden *StA Ulm*, B 773/121 Nr. 1; *Klaus Herrmann*, Die Württembergische Eisenbahngesellschaft 1836–1838, in: Zeitschrift für Württ. Landesgeschichte 37 (1978), S. 179–202; *Schaller*, Industrialisierung (wie Anm. 17), S. 94–104; *Stefan J. Dietrich*, Ulm und die Eisenbahn. Eine Chronik der Ereignisse, Ulm 2000, S. 5–11.
 48 *StA Ulm*, Rp. 1835 Dez. 29, § 1972.
 49 *StA Ulm*, B 773/121 Nr. 1; B 370/110 Nr. 14.
 50 Wie Anm. 48.
 51 *StA Ulm*, B 773/121 Nr. 1.
 52 Vgl. z. B. *Schaller*, Industrialisierung (wie Anm. 17), S. 99.
 53 Dazu und zum Folgenden *StA Ulm*, B 773/30 Nr. 6; *Schaller*, Industrialisierung (wie Anm. 17), S. 86–94, mit weiterer Literatur.
 54 *StA Ulm*, Rp. 1848 März 7, § 610.
 55 *Ebd.*, Rp. 1852 Sept. 23, § 1941.
 56 *Schaller*, Industrialisierung (wie Anm. 17), S. 77–82.
 57 *StA Ulm*, Rp. 1844 Dez. 17, § 2272; 1845 Jan. 20, § 101; B 931/24 Nr. 2.
 58 *StA Ulm*, B 931/24 Nr. 2.
 59 *Otmar Schäuuffelen*, Die Bundesfestung Ulm und ihre Geschichte, Ulm 1980; *Hans Eugen Specker*, Die Ulmer und ihre Bundesfestung, in: Schwäb. Heimat (1983), S. 290–302, auch in: Schriftenreihe Festungsforschung, Bd. 4, Wesel 1985, S. 45–58.
 60 Vgl. *Wagner*, Wirtschaftliche Verhältnisse (wie Anm. 38), S. 35–37.
 61 *StA Ulm*, B 911/20 Nr. 1.
 62 Vgl. z. B. *StA Ulm*, Rp. 1857 Juli 21, § 1159.
 63 Vgl. z. B. *ebd.*, Rp. 1867 Nov. 18, § 1686; Rp. 1867 Dez. 17, § 1792.
 64 *StA Ulm*, Rp. 1870 Juli 19, § 743; B 911/20 Nr. 1.
 65 Die für 1870 in Ulm geplante Schwäbische Industrie-Ausstellung wurde wegen des Kriegsausbruchs auf Juli bis September 1871 verschoben: *Specker*, Stadtgeschichte (wie Anm. 25), S. 303 f.
 66 *StA Ulm*, Rp. 1870 Juli 26, § 788.
 67 Vgl. *Wagner*, Wirtschaftliche Verhältnisse (wie Anm. 38), S. 35–37.
 68 *Schaller*, Industrialisierung (wie Anm. 17), S. 260–262.
 69 *Ebd.*, S. 262 f.
 70 *Festschrift 125 Jahre Sparkasse Ulm 1847–1972*, Ulm 1972, S. 3–7.
 71 *Ferry Kemper*, Die Entwicklung der Krankenkassen in Ulm von 1801 bis 1883, Ulm 1983, S. 32.
 72 *Ebd.*, passim.
 73 *J. Oßwald*, Geschichte der Gewerbe-Bank Ulm E. G., Ulm 1889; *Festschrift 100 Jahre Ulmer Volksbank, Gewerbebank, Ulm 1963*.